

**Dr.in Pamela Rendi-Wagner**

## **Die Neue Solidarität – Neustart für Österreich**

### **Einleitung**

Die Österreicherinnen und Österreicher können stolz darauf sein, was sie durch Solidarität im Kampf gegen das Coronavirus erreicht haben. Die Ausbreitung des Virus konnte stark verlangsamt werden, der „Shutdown“ wird schrittweise gelockert. Die dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Folgen werden uns jedoch noch sehr lange begleiten. Es wird Jahre oder gar Jahrzehnte dauern, diese Krise zu überstehen. In nur wenigen Wochen ist die Zahl der Menschen ohne Arbeit explodiert. Österreich hat die höchste Arbeitslosigkeit seit 1946 – eine Entwicklung, die vor kurzer Zeit noch völlig unvorstellbar war. Hinzukommen hunderttausende Selbständige und KleinunternehmerInnen, die zusehen müssen, wie sich das, was sie sich mit Fleiß und der Leistungsfähigkeit ihrer MitarbeiterInnen über Jahre erarbeitet haben, in wenigen Wochen in Luft aufgelöst hat.

Die Krise hat der Gesellschaft deutlich vor Augen geführt,

- **wer Österreich in der Krise „am Laufen hält“**. Die Pflegekräfte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Supermärkten und in der Lebensmittelproduktion, bei der Straßenreinigung, bei der Müllabfuhr, die Reinigungskräfte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen u.v.m. leisten Beachtliches. Sie alle sind die „HeldInnen des Alltags“. Und sie alle haben bisher nicht die gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung bekommen, die ihnen eigentlich gebührt.
- wie wichtig ein **starker Sozialstaat** für Österreich ist. Das Arbeitslosengeld, die Notstandshilfe und die Mindestsicherung haben eine **wichtige Schutzfunktion für die gesamte Bevölkerung** und verhindern den Zusammenbruch eines Staates. Das gut ausgebaute öffentliche Gesundheitssystem hält der Corona-Krise stand. Der Staat unterstützt mit Programmen und Hilfgeldern. Die Sozialpartner haben ein Modell der Kurzarbeit auf die Beine gestellt, das europaweit seinesgleichen sucht.

- wie verletzlich Österreich durch die **Abhängigkeit von einem globalen Wirtschaftssystem** ist. Pandemien breiten sich in Hochgeschwindigkeit aus. Globale Lieferketten sind sehr verletzlich. Viele Unternehmen sind bestrebt, die Lieferketten zu verkürzen und Produktionsstätten zurück in die Heimat zu holen. Viele Unternehmen hinterfragen, ob sie sich nicht in der Vergangenheit zu stark auf die Kosten der Produktion fokussiert haben.

### Das Ende des neoliberalen Zeitalters

Eine Krise dieses Ausmaßes kann nur überwunden werden, wenn Grundlagen unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens erneuert werden.

Über vier Jahrzehnte – beginnend mit den Amtszeiten von Margret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA – hat die neoliberale Politik mit ihren Dogmen der **Globalisierung der Ökonomie**, der **Deregulierung der Märkte** und der **Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen** weltweit das Denken und Handeln dominiert. „**Mehr privat, weniger Staat**“ wurde zum Leitspruch einer Politik, die sich zum Ziel gesetzt hat, zentrale Errungenschaften der Zweiten Republik abzubauen. Aus falsch verstandenem Freiheitsdenken wurde die Maximierung des Gewinns des Einzelnen über den Wert des Gemeinwohles gestellt. Der Staat wurde schlechtgeredet, öffentliche Leistungen privatisiert und eine Austeritätspolitik mit Sparpaketen wurde als das einzig wahre Mittel zur Gesundung von Staatsfinanzen gepriesen.

Auch in Österreich wurde das hervorragende Sozialsystem, das unser Land stark gemacht hat, zum Wettbewerbsnachteil in der globalisierten Welt umgedeutet. Während ÖVP-FPÖ-geführter Regierungen wurden Pensionen gekürzt, im Gesundheitssystem gespart, die Mindestsicherung für Kinder reduziert u.v.m.

Gewerkschaften und Parteien, die sich für einen gerechten Ausgleich der Interessen und den Schutz sowie den Ausbau der Rechte der ArbeitnehmerInnen einsetzten, wurden als „Bremser“ diffamiert. Soziale Gerechtigkeit, das Streben nach Gleichheit und das Ziel des solidarischen Miteinanders wurden als „verstaubt“ und „altmodisch“ diffamiert. hingestellt.

**Das neoliberale Zeitalter ist am Ende.** Die Corona-Krise zeigt, dass der Neoliberalismus zum Scheitern verurteilt ist. Dank sozialdemokratisch geführter Regierungen konnten ein starker Staat und ein gutes öffentliches Gesundheitssystem erhalten werden – und das gegen Widerstände neoliberaler und konservativer Kräfte.

Wie wichtig die Resilienz eines Staates ist, zeigt sich gerade jetzt in dieser schweren Krise. Viele Menschen erkennen, dass die Folgen der Krise nur gemeinsam zu bewältigen sind. Es ging eine **Welle der Solidarität durch die Gesellschaft**. Der Ruf nach einem helfenden und schützenden Staat wird im Zuge der Bewältigung der Krise lauter. Durch Zusammenhalt in der Gesellschaft kann jede Herausforderung bewältigt werden.

### **Die Neue Solidarität – Schutz vor Verwundbarkeit, Beschäftigungsmotor**

Gesellschaftliche Solidarität bedeutet mehr als temporäre Hilfsbereitschaft: Der Staat gleicht jene Nachteile aus, die in einer vom freien Markt geprägten Gesellschaft entstehen. Ein **handlungsfähiger, widerstandsfähiger Staat** ist daher immer von zentraler Bedeutung. Im Augenblick schwerer Krisen zeigt sich, dass die Märkte versagen. Die Überwindung von schweren Krisen erfordert gemeinsames nicht-profitorientiertes Handeln statt Profitversessenheit.

Unser Streben nach Zusammenhalt und das Bemühen, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen, bilden den Kern einer solidarischen Gesellschaft.

Unser Land steht vor einer Richtungsentscheidung.

Gehen wir den Weg dieser Erneuerung der gesellschaftlichen Solidarität mit dem Bekenntnis zu einem starken Staat? Oder tun wir nach dieser Krise so, als ob nichts gewesen wäre, mit einer Politik, die sich wieder den Kräften des Marktes unterwirft?

Die sozialdemokratische Antwort liegt auf der Hand.

Wir stehen vor gewaltigen Umbrüchen, die uns alle betreffen werden. Angesichts der schweren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Corona-Krise braucht es eine **Festigung der solidarischen Gesellschaft auf Basis unserer demokratischen Freiheitsrechte**. Die Verwirklichung des Individuums in einer freien, demokratischen Gesellschaft muss auch in Zeiten tiefgreifender Krisen geschützt bleiben. Denn die Freiheit des Einzelnen ist für uns die Voraussetzung für die Freiheit aller in einer solidarischen Gesellschaft.

Es braucht eine **Neue Solidarität**:

- 1. Sie bietet Schutz vor Verwundbarkeit in Zeiten schwerer Krisen und**
- 2. die Neue Solidarität ermöglicht den Neustart Österreichs (Wachstum und Beschäftigung).**

**Eckpunkte der Neuen Solidarität:**

- **Sozialstaat noch stärker und widerstandsfähiger machen**
- **Wirtschaft und Beschäftigung stärken und widerstandsfähiger machen**
- **Steuerverantwortung stärken: Gerechte Besteuerung von Millionenvermögen und Online-Konzernen**

Die SPÖ ist eine Partei der arbeitenden Menschen. Wir sind aber auch für all jene da, die benachteiligt sind und Unterstützung brauchen, um ein gutes Leben führen und ihren Beitrag zu dieser Gesellschaft leisten zu können. Wir sind die Partei einer Politik der gelebten Solidarität der Sicherheit, der Chancen und des Ausgleichs.

**Wir wollen die ÖsterreicherInnen vor den Folgen dieser Krise und vor weiteren Krisen schützen. Gleichzeitig wollen wir Österreich aus der Krise führen und es moderner und gerechter machen.**

**1. Österreichs Sozialstaat noch stärker und widerstandsfähiger machen**

*Unterstützen wir jene Menschen, die schuldlos in soziale Schwierigkeiten geraten sind, und spannen wir gleichzeitig einen sozialen Schutzschirm, der einem der reichsten Länder der Welt würdig ist. Denn diese Krise hat gezeigt: Es kann jeden treffen. Dabei müssen Fragen der Existenzsicherung genauso neu gedacht werden wie Fragen der Verteilung von Arbeit im Zeitalter der Digitalisierung.*

**2. Österreichs Wirtschaft und Beschäftigung stärken und widerstandsfähiger machen**

*Wir müssen Wachstum und Beschäftigung fördern und die Wirtschaft auf ein widerstandsfähiges Fundament stellen. Das erfordert staatliche Investitionen historischen Ausmaßes in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, in thermische*

*Sanierung, in Forschung und Entwicklung (Green New Deal). Staatliche Beteiligungen am Aufbau neuer grüner Technologien gehören ebenso dazu wie der Ausbau von Beteiligungen an Unternehmen kritischer Infrastruktur.*

*Gleichzeitig müssen wir unsere Wirtschaft bei Prozessen zur De-Globalisierung unterstützen. Mehr "Made in Austria" und „Made in Europe“ kann nicht nur die Aufgabe von Unternehmen sein. Auch der Staat hat hier seinen Beitrag zu leisten.*

### **3. Steuerverantwortung stärken: Gerechte Besteuerung von Millionenvermögen und Online-Konzernen**

*Neoliberale Think Tanks fordern bereits die Erhöhung von Massensteuern, um die Kosten der Krise stemmen zu können. Dagegen wird die SPÖ entschieden ankämpfen. Die Finanzierung der Krisenkosten erfordert, die Steuerverantwortung auf breitere Schultern zu legen.*

*Das Vermögen von Amazon-Gründer Jeff Bezos ist Medienberichten zufolge in den ersten Monaten dieses Jahres um rund 24 Milliarden Dollar gewachsen. Das entspricht nach derzeitigen Schätzungen der Größenordnung der Rezession in Österreich. Diese beiden Zahlen sagen sehr viel über den ungesunden Ist-Zustand als Folge der Fehlentwicklungen von mehr als zwei Jahrzehnten aus.*

*Auch hier muss der Staat handeln. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen rund 80 Prozent der gesamten Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen. Sie dürfen nicht wieder diejenigen sein, die alleine die Zeche zahlen. Die Mittelschicht muss steuerlich entlastet werden, Millionäre und Milliarden-schwere Online-Konzerne müssen mehr beitragen.*